

OFFENER BRIEF AN NRW-BUNDESTAGSABGEORDNETE

Krankenhausgesellschaft sieht NRW-Kliniken vor dem Abgrund

In einem offenen Brief an alle nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten hat die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) vor den gravierenden Folgen des so genannten Beitragsatzsicherungsgesetzes für die Krankenhäuser in NRW gewarnt. Die KGNW habe „mit Fassungslosigkeit zur Kenntnis genommen“, dass die Klinikbudgets für das kommende Jahr auf dem Stand von 2002 eingefroren



KGNW-Präsident Dr. Rudolf Kösters: Die Krankenhäuser verfügen über keinen finanziellen Spielraum mehr. Foto: Archiv

werden sollen, heißt es in dem Schreiben von KGNW-Präsident Dr. Rudolf Kösters. Nach fast zehnjähriger Deckelung der Budgets und einer dadurch entstandenen gravierenden

Unterfinanzierung der Krankenhäuser setze die Bundesregierung mit dieser nochmaligen Verschärfung die Qualität der Patientenversorgung ernsthaft aufs Spiel.

Für die Krankenhäuser in NRW, die seit Jahren ihren Beitrag zur Beitragsatzstabilität der GKV geleistet hätten, sei die geplante Nullrunde „ein Desaster“. Die persönliche Betreuung des Patienten werde sich auf das Nötigste reduzieren, planbare Operationen müssten verschoben werden. Die Ausnahmeregelung für Krankenhäuser, die freiwillig bereits im Jahr

2003 auf das neue Vergütungssystem nach diagnoseorientierten Fallpauschalen umsteigen, werde die „dramatische Unterfinanzierung“ auch dieser Häuser nicht verbessern. In den Krankenhäusern sind laut KGNW keine Rationalisierungsreserven mehr vorhanden. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern betrachten die geplante Nullrunde als Strafaktion gegen ihre Leistungsbereitschaft und ihr hochmotiviertes Handeln zum Wohle der ihnen anvertrauten Patienten“, so KGNW-Präsident Kösters. *uma*

BUNDESÄRZTEKAMMER

Hoppe: Anti-Tabak-Politik ist unglaublich

Die Bundesärztekammer hat die rot-grüne Bundesregierung aufgefordert, ihre widersprüchliche Haltung in der Anti-Tabak-Politik aufzugeben. „Die Politik ist im hohen Maße unglaublich, wenn sie einerseits eine nationale Anti-Tabak-Kampagne in Aussicht stellt, andererseits aber jeden Versuch einer Eindämmung des Tabakkonsums torpediert“, so Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer und der Ärztekammer Nordrhein. Anstatt dem britischen Vorbild zu folgen und Zigarettenwerbung zu verbieten, blockiere Deutsch-

land als einziges EU-Mitgliedsland ein europaweites Werbeverbot für Tabakwaren.

„Die seit Jahren bestehende parteiübergreifende Koalition der Unvernunft geriert sich wie der verlängerte Arm der Tabakindustrie“, kritisierte Hoppe. Der Ärztepräsident fordert die Regierung auf, die zurzeit diskutierte Anti-Tabak-Konvention der Weltgesundheitsorganisation nachhaltig zu unterstützen und dieser historischen Chance einer internationalen Aktion zur Eindämmung des Rauchens nicht länger im Weg zu stehen. *BÄK*

STERBEFÄLLE

Alkohol als Todesursache

Im Jahr 2000 starben 16.610 Menschen in Deutschland infolge übermäßigen Alkoholenusses. Dies entspricht rund zwei Prozent aller Sterbefälle, wie das Statistische Bundesamt anhand von Ergebnissen einer Sonderauswertung der Todesursachenstatistik mitteilte. Somit starben mehr Menschen im Zusammenhang mit Alkohol als durch Suizide (11.065) oder Transportmittelunfälle (7.747). Die Todesfälle, in denen Alkoholkonsum mit zum Tode beigetragen hat, jedoch nicht als Hauptursache erkannt wurde, sind in den Zahlen über Alkohol als

Todesursache nicht berücksichtigt. Bezogen auf 100.000 Einwohner starben etwa 20 Personen durch alkoholbedingte Krankheiten oder äußere Ursachen. Der Anteil der Männer ist dabei dreimal so hoch wie der Frauenanteil: Im Jahr 2000 starben 31 Männer und 10 Frauen je 100.000 Einwohner wegen übermäßigen Alkoholenusses. Die häufigste alkoholbedingte Todesursache war die alkoholische Leberzirrhose mit 9.550 Verstorbenen, so das Statistische Bundesamt.

Statistisches Bundesamt/uma

STATISTISCHES LANDESAMT

Mehr Patienten in weniger Betten

Im Jahr 2001 arbeiteten in den allgemeinen Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen hauptamtlich

rund 24.600 Ärztinnen und Ärzte. Dies teilte das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik in Düs-

seldorf mit. Die Beschäftigungszahl stieg damit um 2,7 Prozent im Vergleich zum Jahr 2000. Zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Krankenhausbetten um 0,7 Prozent auf 122.400. Gleichzeitig wurden mehr Patien-

ten versorgt. In 2001 wurden rund 3,74 Millionen Patienten stationär behandelt, was eine Zunahme im Vergleich zu 2000 um 0,6 Prozent bedeutet. Die Verweildauer ging von 9,7 auf 9,4 Tage zurück. *bre*